

PRESSEMEDLUNG

„Wir wählen die Freiheit.“

Partei „WerteUnion“ gegründet

Mit einem Bekenntnis zu Sozialer Marktwirtschaft, Freiheit und Rechtsstaat sowie zum Christlichen Menschenbild hat sich am 17. Februar in Bonn die Partei WerteUnion“ gegründet. Mehr als 50 Bürger, die zuvor den Verein „Werteunion“ angehörten, beschlossen ein Gründungsprogramm und eine Parteisatzung. „Wir wollen Deutschland mitgestalten und es retten vor dem politischen Systemwechsel in eine neosozialistische Gesellschaftsform, die freiheitlich denkende Menschen wie wir ablehnen“, sagte Werteunion-Vorsitzender Hans-Georg Maaßen. Er wurde am Samstag auch zum Vorsitzenden der neuen Partei gewählt. Zu Stellvertretern wurden Admiral a.D. Kay-Achim Schönbach, der ehemalige Bundestagsabgeordnete Albert Weiler und der erste Vorsitzende des Vereins WerteUnion Alexander Mitsch, zur Beisitzerin die Rechtsanwältin Dr. Sylvia Kaufhold gewählt.

Die neue Partei WerteUnion geht aus der gleichnamigen Vereinigung hervor, die seit 2017 innerhalb der Unionsparteien für einen klassischen christdemokratischen Kurs kämpft. Angesichts der aktuellen Entwicklung der Unionsparteien hat man sich entschieden, als Partei bei der politischen Willensbildung mitzuwirken

„Die WerteUnion steht dafür, dass die Menschen frei entscheiden können, wie sie leben wollen. Das ist genau das Gegenteil dessen, was die Merz-Union will. Diese steht für die Massenzuwanderung nach Deutschland, für die Wegnahme der nationalen Identität und dafür, dass den Menschen bis ins Letzte vorgeschrieben wird, wie sie leben sollen“, umriss Maaßen die Bruchlinien zur aktuellen Politik der CDU. „Wir wollen mit den Werten, die sich über Jahrzehnte und Jahrhunderte bewährt haben, die Gegenwart und die Zukunft gestalten“, so Maaßen. „Wir wollen keine sozialistischen Experimente und wir wollen keine Klimaideologie. Sondern wir wollen eine geerdete Politik, die realistisch ist. Wir wollen, dass die Menschen in Ruhe und Ordnung und in einer wirtschaftlichen Stabilität leben können.“

In ihrem Gründungsprogramm zeichnet die WerteUnion wesentliche Linien ihrer Politik. So lehnt sie politische Ideologien und totalitäre Weltanschauungen ab. Sie will die Gewaltenteilung und den Rechtsstaat stärken. Die Qualität von Gesetzen müsse verbessert. Der Dschungel undurchschaubarere Vorschriften gelichtet werden.

In Fragen der Migration fordert die WerteUnion die konsequente Anwendung geltenden Rechts. Ausreisepflichtige Ausländer müssten ausgewiesen werden. Dringende Reformen fordert die WerteUnion auch im sozialstaatlichen Gefüge. „Es darf nicht sein, dass der Staat Angehörige von kriminellen Clans über das Bürgergeld mitfinanziert, aber für die Deutschen nichts übrig hat, sodass diese Leute, die brav und im Vertrauen auf die Regierung Steuern und Beiträge zahlten, zum Schluss ein Almosen als Rente bekommen. Dieses zutiefst unsoziale Sozialsystem, für das die Merkel-Regierungen mitverantwortlich waren, muss verändert werden“, so Maaßen.

Mit Blick auf den Mittelstand verlangt die WerteUnion, dass sich der Staat aus der Wirtschaft zurückzieht. Es ist unter dem Vorwand des Klimaschutzes und der Genderideologie schleichend eine sozialistische Planwirtschaft eingeführt worden, in der Unternehmern vorgegeben wird, wie sie produzieren müssen, wer Lieferant sein darf, welche Energie sie zu verwenden haben und welche Produkte hergestellt werden dürfen und welche nicht. „Das, was wir hier erleben, ob in Berlin oder in Brüssel des „Green Deal“, ist im Ergebnis eine neosozialistische Planwirtschaft. Diese Planwirtschaft muss abgeschafft und der Neosozialismus muss rückabgewickelt werden“, sagte Maaßen.

Rund eine Million Zugriffe auf die Homepage

Mit großem Interesse reagierten viele Bürgerinnen und Bürger auf die Neugründung der Partei WerteUnion. In nur kurzer Zeit gab es rund eine Million Zugriffe sowie zahlreiche Bitten um Aufnahme in die neue Partei.

Das Gründungsprogramm und die Gründungssatzung finden sich unter:

www.partei-werteunion.de

.....

Mit besten Grüßen
Martin Lohmann
Pressesprecher